

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 22.11.2022

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: ./.

Ende: 20:05 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Vincenzo Copertino

Herr Stephan Richter

Frau Ursula Schineller

Herr Michael Weber

Vertretung für Frau Bauer

SPD

Herr Melchior Fluhme

Frau Sylvia Gorsler

Herr Markus Kollmeier

Frau Regine Weißenfeld

Vorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Serafin Eilmes

Herr Michael Holler-Göller

Herr Joachim Hood

Frau Ruth Wegner

Stellv. Vorsitzender

FDP

Herr Nick Focke

Die Partei

Herr Christian Loth

Vertretung für Frau Asmuth

AfD

Herr Dr. Florian Sander

Die Linke

Frau Angelika Beier

Beratende Mitglieder

Frau Murisa Adilovic

Herr Rüdiger Klein

Herr Rolf Winkelmann

Integrationsrat

Psychiatriebeirat

Beirat für Behindertenfragen (bis 19:30 Uhr)

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Robert Alich

Herr Michael Gugat

Frau Gordana Kathrin Rammert

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Ursula Haas-Olbricht

Seniorenrat

Verwaltung

Herr Ingo Nürnberger

Herr Martin Adamski

Frau Silke Aron

Herr Dirk Cremer

Herr Peter Hiltawsky

Frau Gisela Krutwage

Herr Aiko Linnenbürger

Herr Björn Palma

Frau Tanja Rabe

Frau Janina Rasimowska

Frau Elke Riemann

Frau Ina Strate-Schneider

Frau Katharina Schellong

Erster Beigeordneter Dezernat 5

Beigeordneter Dezernat 3

Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Stab Dezernat 5

Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Stab Dezernat 3

Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Fraktionsreferentin CDU-Fraktion

Gäste

Herr Marc-Sebastian Alex

Herr Uwe Borchers

Herr Wolfgang Dräger

Herr Ulrich Paus

Herr Rainer Radloff

Frau Valerie Schwentker

Herr Klaus Siegeroth

Herr Oliver Wittler

Jobcenter Arbeit*plus* Bielefeld

Zentrum für Innovation in der Gesundheitswirtschaft OWL

Agentur für Arbeit

AG Wohlfahrtsverbände

Jobcenter Arbeit*plus* Bielefeld

Projektkoordinatorin GPV

REGE mbH

Jugendberufsagentur / REGE mbH

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann

Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die Anwesenden zur 21. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßt Herrn Focke für die FDP-Fraktion als neues Mitglied des Gremiums.

Zur Tagesordnung erklärt Vorsitzende Frau Gorsler, dass zu TOP 3 „Anfragen“ zwei Anfragen vorlägen, die als

- TOP 3.1 Anbieter von Haushaltshilfen im Kontext „Gesetzliche Krankenversicherung - Leistungen/Haushaltshilfe (§§ 24h, 38 SGB V). (Anfrage der Lokaldemokratie vom 15.11.2022)“ und
- TOP 3.2 „Ergänzung des Bielefelder Lebenslagenberichtes (Anfrage der Lokaldemokratie vom 15.11.2022)“

behandelt werden sollten. Die jeweiligen Antworten der Verwaltung lägen vor.

Zum Top 16.2 liege ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Linke und GRÜNE vom 22.11.2022 vor mit dem Thema: „Übernahme der Mietkosten für den Bielefelder Tisch“ (Drucks.-Nr. 5196/2020-2025).

Weitere Änderungen zur Tagesordnung lägen nicht vor.

Die Anwesenden stimmen den Änderungen einstimmig zu.

Zu Punkt 1

Genehmigung von Niederschriften

Zu Punkt 1.1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Gemeinsame Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (19. Sitzung) mit dem Jugendhilfeausschuss am 18.10.2022

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Gemeinsamen Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (19. Sitzung) mit dem Jugendhilfeausschuss am 18.10.2022 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1.2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 20. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 18.10.2022

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 20. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 18.10.2022 wird nach Form

und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Trinkwasserbrunnen für Schildesche

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Landesinitiative "Endlich ein ZUHAUSE - Zukunft schaffen durch Wohnen"

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen – Sozialamt.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 Sitzungstermine 2023

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Dezernates für Soziales und Integration.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Anbieter von Haushaltshilfen im Kontext „Gesetzliche Krankenversicherung - Leistungen/Haushaltshilfe (§§ 24h, 38 SGB V).“ (Anfrage der Lokaldemokratie vom 15.11.2022)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5136/2020-2025

Herr Gugat begründet die Anfrage. Die Informationslage und die Angebotssituation seien problematisch. Auch wenn die Zuständigkeit nicht bei der Kommune liege, handele es sich um ein relevantes gesundheitspolitisches Thema. Er regt an, dass sich die Anwesenden damit befassen sollten und es auch ein mögliches Thema für die Kommunale Gesundheitskonferenz werde.

Herr Paus bestätigt, dass es keinen Träger mit Tarifbindung in Bielefeld gebe, der die in Rede stehende Leistung anbiete. Es handele sich um eine Krankenkassenproblematik, die durchaus weiterkommuniziert werden solle.

Die Vorsitzende fasst die Beiträge dahingehend zusammen, dass die Gruppen und Parteien überlegen würden, in welchen Gremien das Thema gespiegelt werden könne.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 **Ergänzung des Bielefelder Lebenslagenberichtes (Anfrage der Lokaldemokratie vom 15.11.2022)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5139/2020-2025

Herr Gugat bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage durch die Verwaltung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 **Einführung des Bürgergeldes**

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den Geschäftsführer des Jobcenters *Arbeitplus* Bielefeld, Herrn Radloff, und dessen Stellvertreter, Herrn Alex.

Herr Radloff gibt anhand einer Präsentation (**Anlage 1**) einen Überblick über das Gesetzgebungsverfahren zum sogenannten Bürgergeld, welches zum 01. Januar 2023 die bisherigen SGB II-Leistungen ablösen solle. Viele Details seien Gegenstand des Vermittlungsverfahrens, es gebe täglich Änderungen, ein Ergebnis werde vom Vermittlungsausschuss am 23.11.2023 erwartet. Die jeweils tagesaktuellen Entwicklungen würden im Folgenden von Herrn Alex ergänzt.

Ein Ziel der Gesetzesreform sei der angstfreie Zugang zu Hilfesystemen und Leistungen in Krisenzeiten. Aufgrund der notwendigen Vorlaufzeiten sei beabsichtigt, einzelne Teile über das kommende Jahr verteilt in Kraft treten zu lassen. Während die Erhöhung der Regelbedarfe zum Jahresbeginn unstrittig sei, solle die sogenannte Karenzzeit für Wohnungskosten und Vermögen nur noch für das erste Bezugsjahr gelten. Abweichend zur Präsentation (Folie 8) sei in der aktuellen Diskussion von Vermögensgrenzen in Höhe von 40.000 Euro für die leistungsberechtigte Person und 15.000 Euro für jede weitere Person die Rede. Auch der neue Ansatz von Vertrauenszeit und Kooperationszeit stehe zur Debatte.

Eine Verbesserung sei das Ziel eines grundlegenden Aufbaus der Be-

schäftigungsfähigkeit vor der bloßen Vermittlung von Arbeit. So werde eine langfristige Integration in den Arbeitsmarkt ermöglicht.

Auch über die Beibehaltung von Sanktionsmöglichkeiten werde noch verhandelt. Herr Radloff gibt den Ausblick, dass die Reform mit der Einführung der Kindergrundsicherung 2025 abgeschlossen werden solle und dass die Zielsteuerung für die Jobcenter weiterentwickelt werden solle. Neben der Integration in den Arbeitsmarkt werde die Qualifikation für den Arbeitsmarkt an Bedeutung gewinnen.

Vorsitzende Frau Gorsler dankt Herrn Radloff und erfragt den aktuellen Stand der Organisationsentwicklung des Jobcenters. Hierzu antwortet Herr Radloff, dass das Jobcenter einen Kundenservice mit verstärktem Beratungsansatz sowie dahinterliegend backoffice-Bereiche eingerichtet habe. Während der Corona- Zeit sei dieser Prozess herausfordernd und mit einem erheblichen Personalumbau verbunden gewesen. Nach Auswertung der Kundenbefragungen habe sich der Prozess gelohnt: Vor der Organisationsentwicklung sei das Jobcenter Bielefeld mit einer 2,3 Schulnote, nachher mit einer 2,0 bewertet worden. Die Kunden und Kundinnen honorierten, dass sich viel Zeit für sie genommen werde. Nicht nur wegen des Bürgergeldgesetzes, sondern auch wegen der weiteren Veränderungen z.B. durch die Wohngeldreform, den anhaltenden Zuzug ukrainischer Flüchtlinge und das Chancen-Aufenthaltsrecht, bleibe die Belastung in allen Jobcentern hoch.

Frau Beier bemerkt positiv, dass vieles von dem, was mit dem Bürgergeld beabsichtigt sei, schon vom Bielefelder Jobcenter vorweggenommen werde. Auf ihre Frage zum Umfang der Sanktionen antwortet Herr Radloff, dass das Jobcenter Bielefeld vor Corona mit einer Sanktionsquote von 1,9 % an einer der letzten Stellen im Bundesvergleich stand. Die aktuelle Quote betrage 0,4 %, seit Juli 2022 gebe es ein Sanktionsmoratorium.

Vorsitzende Frau Gorsler dankt Herrn Radloff für seine langjährige Tätigkeit, bei dem es ihm immer mehr um die Sache als um ihn selbst gegangen sei. Er sei sehr am Menschen interessiert und nehme benachteiligte Zielgruppen in den Fokus. Dies habe seinen Gestaltungswillen geprägt, das Jobcenter zu einem Dienstleistungszentrum zu machen. Frau Gorsler bedankt sich im Namen des Sozial- und Gesundheitsausschusses mit Blumen für das Engagement und die gute Zusammenarbeit. Sie begrüßt Herrn Alex als designierten Nachfolger.

-.-.-

Zu Punkt 6

Wohngeldreform 2023 - Sicherstellung der Antragsbearbeitung durch zusätzliches Personal

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5002/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler teilt mit, dass zu diesem Tagesordnungspunkt kurzfristig ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion eingebracht wurde, den sie durch Verlesen zur Kenntnis bringen werde, nachdem Beigeordneter Herr Nürnberger in die Sachlage eingeführt habe.

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die inhaltlich und finanziell bedeutsame Beschlussvorlage. Mit Inkrafttreten der Wohngeldreform rechnet man mit einer Verdreifachung des berechtigten Personenkreises, die Nachfrage nach Wohngeldleistungen steige aktuell schon an. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass es trotz aller Vorbereitungen der Stadt Bielefeld zu einem Antragsstau kommen werde und verweist auf mehrere Faktoren:

- Das für die Sachbearbeitung neu vorgesehene Personal sei nicht eingearbeitet.
- Die IT-Fachanwendung sei nicht zum 02.01.2023 einsatzbereit.
- Die Wohngeldreform bringe nur wenig Entbürokratisierung, so bleibe es z.B. beim komplizierten Einkommensbegriff.

Damit müssten gerade Neuantragsteller*innen mit längeren Wartezeiten bis zur Auszahlung rechnen. Er gebe diese Informationen im Hinblick auf die Erwartungen der Betroffenen und der Politik und bitte eindringlich um die Unterstützung für den Beschlussvorschlag mit einem Finanzvolumen von rd. 690.000 Euro.

Vorsitzende Frau Gorsler verliert den Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum Beschlussvorschlag. Herr Focke begründet den Antrag damit, dass die Prozesse möglichst digitalisiert werden sollten, um sie zu beschleunigen.

Frau Beier vertritt die Auffassung, dass die kw-Vermerke aufgrund des Fachkräftemangels nicht benötigt würden. Frau Weißenfeld fragt nach der Beschlusslage im Finanz- und Personalausschuss. Dazu antwortet Herr Copertino, dass der Finanz- und Personalausschuss der Beschlussvorlage der Verwaltung ohne Änderungen zugestimmt habe. Auch dort sei der Fachkräftemangel thematisiert und die Information gegeben worden, dass es genügend Bewerbungen gebe und die Stellen besetzt werden könnten. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag der FDP nicht folgen. Er wünsche von den Parteien der Ampelkoalition auf Bundesebene, sich dafür einzusetzen, dass die Kommunen von den Kosten entlastet würden.

Herr Hood begrüßt die Wohngeldreform als wichtigen Entlastungsbeitrag. Deren Einführungsprozess solle nicht verlangsamt werden, weder durch zusätzliche Ausschreibungsverfahren noch durch jährlich neu zu bewertende kw-Vermerke. Daher werde die Koalition den Antrag der FDP ablehnen und dem Verwaltungsvorschlag folgen. Er weist darauf hin, dass bereits unter der großen Koalition auf Bundesebene vereinbart worden sei, dass der Bund die Leistungsausgaben trage, während die Kommunen für die Ausgestaltung der Leistungsgewährung verantwortlich zeichneten. Die bevorstehende Verdreifachung hätte damals niemand vorhersehen können. Die Finanzierungsproblematik sei bereits innerhalb seiner Partei angesprochen worden.

Beigeordneter Herr Nürnberger führt aus, dass mithilfe der kw-Vermerke ein Zeitraum von vier Jahren geschaffen werde, in dem das Wohngeldgeschehens beobachtet werden könne. Er gehe von einer Stabilisierung der Fallzahlen auf einem deutlich höheren Niveau als heute aus. Dabei spielten die im Gesetz vorgesehene Dynamisierung und die weitere wirtschaftliche Entwicklung eine entscheidende Rolle. Die kw-Vermerke machten befristete Arbeitsverträge notwendig, diese seien aber wegen des mehrjährigen Zeitraums dennoch attraktiv genug. Aus dem aktuell

laufenden Besetzungsverfahren kämen etwa zehn Personen für eine Stellenbesetzung infrage, es seien weitere Bemühungen in der Personalgewinnung bereits angestoßen. Hinsichtlich der Digitalisierung sei die Stadt Bielefeld von der Entwicklung der Anwendungssoftware durch das Land NRW abhängig. Hier sei landesweit ein Online-Wohngeldrechner in Aussicht gestellt, der die eingegebenen Daten in einen Online-Wohngeldantrag umwandeln könne, welcher dann auch schnittstellenfrei weiterverarbeitet werden könne.

Herr Holler-Göller gibt zu Protokoll, er begrüße, dass mit der Wohngeldbearbeitung auch in die Stadtteile gegangen werden solle, da bestimmte Bevölkerungsgruppen, gerade ältere Menschen, sehr auf den niedrigschwelligen Zugang zum Wohngeld angewiesen seien.

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die Entlastungswirkung der Wohngeldreform für Menschen in prekären Lebenslagen. Sie lässt zunächst über den Änderungsantrag der FDP abstimmen.

Beschluss:

Die FDP-Fraktion beantragt:

Ersetze

„der Einrichtung von Mehrstellen-kw 2026 im Stellenplan 2023 im Volumen von 15,0 Vollzeitäquivalenten im Amt für soziale Leistungen“

durch

„der Einrichtung von Mehrstellen im Stellenplan 2023 im Volumen von 15,0 (5,0 kw 2024 / 5,0 kw 2025 / 5,0 kw 2026) Vollzeitäquivalenten im Amt für soziale Leistungen“

Am Ende der Vorlage wird eingefügt:

„Ferner wird ein externer IT-Dienstleister im Jahr 2023 beauftragt, die Wohngeldanträge und -abwicklung zu digitalisieren. Dabei soll die NRW Software integriert und unterstützt werden.“

- mit großer Mehrheit abgelehnt –

Im Anschluss hieran erfolgt die Abstimmung zur Drucks.-Nr. 5002/2020-2025.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschusses empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen,

der Einrichtung von Mehrstellen-kw 2026 im Stellenplan 2023 im Volumen von 15,0 Vollzeitäquivalenten im Amt für soziale Leistungen – Sozialamt– und dem damit verbundenen Personalaufwand von 690.000 Euro in der Produktgruppe 110108 Personalmanagement zuzustimmen.

Da es sich bei dem vorliegenden Sachverhalt um Aufgaben handelt, die zwar dem Grunde, nicht aber der Höhe nach pflichtig sind und eine vollständige Deckung der daraus resultierenden Mehraufwendungen nicht gegeben ist, steht der Beschluss hierzu unter einem

Haushaltsvorbehalt. Über die Aufnahme der unter Vorbehalt stehenden Positionen in den Haushaltsplan 2023 entscheidet der Rat in seiner Sitzung am 08.12.2022 unter Berücksichtigung seines Eckdatenbeschlusses

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Zwischenevaluation des Bielefelder Ausbildungsfonds - Bericht der REGE mbH

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Wittler von der REGE mbH als Vertreter der Jugendberufsagentur. Sie verweist auf den vorgelegten Zwischenbericht und bittet um Fragen hierzu.

Herr Kollmeier dankt für den Bericht zu den konkreten Maßnahmen und möchte wissen, in welchen Bereichen noch Ausbildungsstellen fehlen und welche Gründe es gibt, dass offene Ausbildungsstellen nicht angenommen werden. Herr Hood hält die Projekte des Ausbildungsfonds für gelungen und fragt nach, wann mit Verwendungsvorschlägen für die noch verbleibenden Finanzmittel zu rechnen sei. Weiterhin möchte er wissen, was aus Sicht der Träger und Arbeitgeber den unversorgten Bewerber*innen fehle, um erfolgreich eine Ausbildungsstelle anzunehmen.

Frau Beier möchte ebenfalls die Hintergründe für das Verhältnis von 131 Ausbildungsinteressierten zu 264 unbesetzten Ausbildungsplätzen erfahren. Sie fragt, welche Ausbildungsplätze unattraktiv seien und nicht besetzt werden könnten, der angegebene Link führe nur zu Daten auf Bundesebene. Weiterhin gibt sie zu bedenken, ob es über die 131 bekannten Jugendlichen hinaus weitere Personen gebe, die eine Ausbildung anstrebten, aber keinen Ausbildungsplatz hätten.

Herr Wittler bedankt sich im Namen aller Partner der Jugendberufsagentur für die Beauftragung und die Unterstützung durch den Bielefelder Ausbildungsfonds. Hierdurch sei individuelle Beratung in den Quartieren möglich. Zu den gestellten Fragen gebe es oft keine monokausalen Zusammenhänge. Zum einen gebe es Berufe, die in den Augen der jungen Menschen unattraktiv erschienen, weil sie beispielsweise eine hohe körperliche Beanspruchung mit sich brächten oder fahrtechnisch nur schwer zu erreichen seien. Auch betriebliche Anforderungen schlossen manche Bewerber*innen aus. Das Ausbildungsjahr sei kein abschließender Zeitrahmen, auch jetzt gebe es noch Nachvermittlungsaktionen und Ausbildungsvertragsabschlüsse.

In Bielefeld gebe es entgegen dem rückläufigen Landes- und Bundestrend einen Anstieg an Bewerber*innen. Auch der direkte Übergang nach Abschluss der schulischen in eine duale Ausbildung sei mit rd. 16 % im Vergleich zu den Vorjahren – auch vor Corona – relativ hoch. Es gebe für die kaufmännischen Berufe und für Kfz-Mechatronik einen Nachfrageüberhang. Für die innerhalb der Laufzeit unverbrauchten Mittel sollten dem Sozial- und Gesundheitsausschuss im Januar 2023 konkrete Vorschläge vorgelegt werden. Sie betrafen besonders Formate, mit denen

Jugendliche und Betriebe zusammengebracht werden könnten, wie z.B. die Bielefelder Nacht der Berufe oder die Bielefelder Berufsinformationsbörse (BiB) Startklar.

-.-.-

Zu Punkt 8

Weitere Verwendung des Integrationsbudgets - Fortsetzung Sprachlernangebote- 2. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4767/2020-2025/1

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:

- 1. Die Sprachcafés werden im bisherigen Umfang in 2023 fortgeführt.**
- 2. Die kommunal finanzierten Sprachkurse werden bis Ende 2023 weitergeführt.**
- 3. Die ursprünglich am Ende des Jahres 2022 endenden Sprachfördertreffen an den Grundschulen werden bis zum 30.06.2023 fortgesetzt.**
- 4. Das Sprachtraining für Frauen – „Deutsch im Alltag“, bisher finanziert über den Corona-Aktionsplan „Bielefeld hält zusammen“ wird bis Ende 2023 weitergeführt und durch das Integrationsbudget finanziert.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Covid-19-Pandemieentwicklung in Bielefeld

Beigeordneter Herr Adamski berichtet zur aktuellen Corona-Situation, dass dank der Unterstützung aller Beteiligten Bielefeld „vor der Lage“ sei. Es befänden sich 68 Personen in stationärer Krankenhausbehandlung. Die Impfangebote in der Schillerstraße und durch die mobilen Teams seien im Oktober und November angenommen worden und würden außerhalb der Arztpraxen-Öffnungszeiten weiter aufrechterhalten. Aufgrund des aktuellen Erlasses des Landes NRW werde das städtische Impfzentrum aber zum Jahresende schließen.

-.-.-

Zu Punkt 10 **Mitgliedschaft der Stadt Bielefeld im Gesunde-Städte-Netzwerk**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5052/2020-2025

Beschluss:

Der SGA empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen, dass die Stadt Bielefeld Mitglied im Gesunde-Städte-Netz der Bundesrepublik Deutschland wird. Er teilt die Konzeption der Gesunden Stadt sowie die Ziele und Inhalte der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11 **Änderung der Mitglieder im Gremium Kommunale Gesundheitskonferenz Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5053/2020-2025

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt und der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die nachfolgende Änderung in der Mitgliederzusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz:

- die medi.owl GmbH hat sich aufgelöst und scheidet als Mitglied der Kommunalen Gesundheitskonferenz aus.
- die Fakultät für Medizin der Universität Bielefeld wird neues Mitglied der Kommunalen Gesundheitskonferenz.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12 **Benennung von Mitgliedern des Beirates für Behindertenfragen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5001/2020-2025

Beschluss:

Nach § 1 (1) b) i. V. m. § 2 (8) b) der Satzung für den Beirat für Behindertenfragen der Stadt Bielefeld in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 08.03.2022 wird folgende Person als Mitglied des Beirates für Behindertenfragen ernannt:

Name	Institution/Verband	Region
Ulrike Föhst 6/Bielefeld-Süd (bisher: Sandra Waters)	Regionalleitung	Region

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

Projekt Zukunft der Pflege in Bielefeld: Ergebnisse der Bürgerbefragung "Wie stellst Du Dir die Pflege der Zukunft vor?"

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Borchers vom Zentrum für Innovation in der Gesundheitswirtschaft OWL. Er gibt mithilfe einer Präsentation (**Anlage 2**) eine Übersicht über die Ergebnisse der Bürgerbefragung im Frühjahr 2022 zum Zukunftsbild Pflege im Rahmen des Projektes „Open Innovation City Bielefeld“.

Die Ausgangssituation sei gekennzeichnet durch

- eine wachsende Zahl von Pflegebedürftigen,
- eine abnehmende Zahl an Pflegekräften und
- steigende Finanzierungskosten der Pflege.

Die Befragung habe in Deutsch und sieben weiteren Sprachen stattgefunden. Es habe rd. 2.500 Rückmeldungen gegeben, 1.500 Fragebögen seien vollständig ausgefüllt worden. Aus der Befragung könnten für die Stadtgesellschaft und die Kommunalpolitik relevante Handlungsfelder abgeleitet werden. Momentan zeichneten sich sechs Themen ab:

- Teilhabe
Hierunter verberge sich der Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben. Allerdings setze sich nur jede*r Siebte frühzeitig mit dem Thema Pflege auseinander.
- Zuwendung
Um ausreichend Zeit für die Pflege zu ermöglichen, sei die Ressourcenlage in der ambulanten Pflege entscheidend. Dieses zunächst bundespolitische Thema sollte auch auf der kommunalpolitischen Ebene aufgegriffen werden.
- Wohnen
Es brauche über die bestehenden Angebote hinaus mehr Informationen, besonders für bestimmte Zielgruppen und stadtteilorientiert. Ziel sei u.a. die Überwindung des (noch) stereotypen Bildes von stationärer Pflege, welche möglichst lange vermieden werden wolle.
- Vitale Netzwerke
Um den Kontakt zu Freunden und Angehörigen zu halten, könnten auch die technischen Möglichkeiten verstärkt genutzt werden.
- Erwerbstätigkeit
Die Vereinbarkeit von Beruf und der Pflege von Angehörigen sollte weiter verbessert werden. Dazu müssten über die Pflegeanbieter hinaus weitere zivilgesellschaftliche Akteure, wie z. B. Unternehmen, einbezogen werden.
- Technikeinsatz
Die Akzeptanz sei von einer gegensätzlichen Einstellung zur

Technik generell geprägt. Hier liege die Entlastung des Pflegepersonals im Vordergrund.

Anfang 2023 werde der Gesamtbericht erstellt, der die Handlungsfelder ausführlicher betrachte und Handlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten sowie Strategien für die unterschiedlichen Akteure aufzeigen werde. Des Weiteren seien Bürgerdialoge in den Stadtteilen geplant, in denen die Fragestellung des Projektes und die Ergebnisse vertieft werden sollen. An einer solchen Veranstaltung Interessierte sollten sich bei Herrn Borchers melden.

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt, dass das Projekt die frühzeitigere Beschäftigung mit dem Thema impliziere. Beigeordneter Herr Adamski weist auf die hohe Bedeutung der demographischen Entwicklung hin, die sich z. B. auch in der Bauleitplanung durch die Berücksichtigung von sogenannten „Altenkernen“ in den Quartieren auswirke. Daher regt er die Kooperation mit dem Stadtentwicklungsausschuss an. Frau Beier sieht in der Befragung gute Impulse für das weitere Arbeiten. Sie möchte wissen, ob die Gründe für die vielen Abbrüche der Online-Befragung schon bei der Sprachwahl bekannt seien. Ferner interessiert sie, ob die Befragung Aussagen zu Unterschieden zwischen den Stadtbezirken erlaube. Frau Weißenfeld betont, dass es nicht immer nur um Pflege, sondern auch um Betreuung gehe, hierzu fehlten günstige und flexible Angebote. Zu einer möglichen Technikunterstützung sei häufig zu wenig bekannt. Herr Sander fragt, wie konkret die Fragen zur Technikunterstützung gewesen seien, da es sich um ein komplexes und vielschichtiges Thema handele.

Herr Borchers beantwortet die Fragen:

Die Gründe für die häufigen Abbrüche bei der Sprachwahl seien nicht bekannt. Auch deswegen gebe es neben der Online-Befragung noch andere Formate der Beteiligung. Die Debatte um die Versorgungsangebote drehe sich um den Begriff „Care“, der neben der medizinischen Pflege auch Betreuung und Alltagsbegleitung beinhalte. Es ergebe sich das Bild einer gestuften Versorgung, für die es Gestaltungspotenzial der Kommunalpolitik gebe. Hinsichtlich der Technik sei eher pauschal gefragt worden, wobei als Beispiele Video-Sprechstunden oder Telemedizin aufgeführt worden seien. Aber zum Beispiel brauche es auch Technikunterstützung für logistische Fragestellungen wie z.B. Fahrzeiten ambulanter Pflegedienste.

Beigeordneter Herr Nürnberger betont die Bedeutung der Gesprächsangebote in den Quartieren. Sie würden u.a. helfen, die blinde Stelle beim Thema Pflege im Migrationsumfeld aufzuhellen und zur frühzeitigen Beschäftigung mit dem Thema Altern auffordern. Für Angebote und Unterstützung in den Quartieren brauche es Ideen, für deren Steuerung und Finanzierung die Erwartungen dann aber an die Kommune herangetragen würden, da die Kranken- und Pflegkassen dies nicht leisteten.

Herr Borchers schließt die Diskussion mit dem Hinweis, dass das Vermögen, für die eigene Gesundheit präventiv und selbstbestimmt zu handeln, gebildet und gestärkt werden müsse. Erfolgreiche Prävention erzeuge Entlastungseffekte, auf die das Versorgungssystem zwingend angewiesen sei. Vorsitzende Frau Gorsler kündigt die weitere Beschäftigung mit dem Gesamtbericht an, der für Januar 2023 in Aussicht gestellt sei.

-.-.-

Zu Punkt 14

Diamorphin-Praxis - aktueller Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5064/2020-2025

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die Verwaltungsvorlage mit der Standortüberlegung. Neben den dort genannten nächsten Schritten müsse Fachpersonal gefunden werde. Zudem werde ein Wirtschaftsplan für den Praxisbetrieb mit 30 bis 40 Patienten aufgestellt.

Mit einer eigenen Diamorphinpraxis erreiche die Stadt Bielefeld eine gute Versorgung von Bielefelder*innen mit massiven Suchtproblemen. Sie sei aber nicht als Verhinderungsstrategie gegen andere Anbieter geeignet. Möglicherweise gebe es am Ende in Bielefeld weitere Diamorphinpraxen mit unterschiedlichen Konzepten, da die maßgebliche Verordnung keine Bedarfsprüfung vorsehe.

Herr Gugat möchte nicht auf das Bielefelder Modell verzichten und unterstützt die weitere Prüfung zum Aufbau einer Praxis im eigenen Hilfesystem. Herr Klein möchte wissen, wie weit die Vorbereitungen für die geplante private Praxis (der Fa. MEDIKUS - Überörtliche Berufsausübungsgemeinschaft Lamprecht Dr. C. Plattner) gediehen sind, ob es schon einen Mietvertrag bzw. Antrag bei der Bezirksregierung gebe. Herr Copertino bekräftigt den gemeinsamen Ratsbeschluss zur Erweiterung des Bielefelder Drogenhilfekonzepts und sagt die weitere Unterstützung zu. Auch Herr Hood begrüßt eine Praxis mit einem auf dem Bielefelder Modell basierenden Konzept. Der gemeinsam beschrittene Weg solle zusammen weitergegangen werden. Herr Sander betont, dass der Ratsbeschluss nicht einstimmig, sondern mit den Gegenstimmen der AfD getroffen wurde. Er habe mit Blick auf den geplanten Standort der privaten Praxis an zentraler Stelle aus sicherheitspolitischer Sicht Bedenken. Er halte es für seltsam, dass aufgrund einer Lücke in der Verordnung präventiv Doppelstrukturen geschaffen würden.

Beigeordneter Herr Nürnberger hält die Diskussion über die Bielefelder Suchthilfe aus gesundheits- und suchtpolitischer Sicht für wichtig. Zur Frage von Herrn Klein antwortet er, dass momentan kein Kontakt bestünde oder neue Informationen vorlägen. Seiner Ansicht nach müssten Diamorphin-Praxen nicht per se groß sein, so dass er es auch für sinnvoll halte, dass auch andere Kommunen wie z.B. Paderborn eine ins eigene Suchthilfesystem eingebundene Praxis für max. 50 Personen aufbauten. Er danke für die deutliche Unterstützung und sagt zu, den Sozial- und Gesundheitsausschuss auf dem Laufenden zu halten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 15

Geflüchtete aus der Ukraine - aktueller Sachstand

Beigeordneter Herr Nürnberger informiert darüber, dass es aktuell in Bielefeld keine nennenswerten Veränderungen gebe. Er verweist auf die Beschlussvorlage zum TOP 15.1.

Zu Punkt 15.1 Assistenzhilfen für ukrainische Schüler*innen mit Behinderung an der Mamre-Patmos-Schule

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5096/2020-2025

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt Vorsitzende Frau Gorsler abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Unterstützung der Beschulung von ukrainischen Schüler*innen mit Behinderung an der Mamre-Patmos-Schule über 6 Assistenzkräfte sicherzustellen und der Gesellschaft für Sozialarbeit e.V. (GfS) hierfür im Rahmen einer vertraglichen Regelung einen finanziellen Ausgleich zu zahlen.

Die Höhe des Ausgleichs soll sich an der mit der GfS abgeschlossenen Entgeltvereinbarung auf Grundlage von § 123 SGB IX zum Leistungsbereich Schulbegleitung/Schulische Assistenzhilfen orientieren.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 16 Energieeinsparungen und Energiesicherheit

Zu Punkt 16.1 Energieeinsparungen und Energiesicherheit: Maßnahmen zur Sensibilisierung und Unterstützung der Bielefelder Stadtgesellschaft 2023 ff

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5014/2020-2025

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst ohne Aussprache folgenden

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die bereits beschlossene Stärkung der Beratungskapazitäten der Verbraucherzentrale NRW mit Schwerpunkt „Existenzsicherungsberatung und Energierecht“ wie folgt anzupassen: Die einjährige Förderung einer 1,0 Vollzeitstelle wird in eine Förderung einer 0,5 Stelle für 2 Jahre aufwandsneutral umgestellt.
2. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Stand der Umsetzung des HWBA-Beschlusses vom 29. September 2022 im Hinblick auf die zusätzlichen Beratungsangebote im Zusammenhang mit der Energiekrise zur Kenntnis.
3. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Stand der Umsetzung weiterer Angebote in der sozialen Unterstützung im Zusammenhang mit der Energiekrise zur Kenntnis.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 16.2 Umsetzung des gemeinsamen Antrags auf Unterstützung des Bielefelder Tisches und der Lebensmittelausgabestellen (Drucks.-Nr. 4811/2020-2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5078/2020-2025

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 16.2.1 Übernahme der Mietkosten für den Bielefelder Tisch (gemeinsamer Antrag vom 22.11.2022)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5196/2020-2025

Frau Weißenfeld begründet den Antrag. Herr Holler-Göller weist darauf hin, dass die anderen Lebensmittelausgabestellen keine so hohen Mieten zahlen müssten. Vorsitzende Frau Gorsler verliert den Antrag und lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Bielefelder Tisch mit 6000 Euro zu unterstützen.

Dieser Betrag dient dazu, die Immobilienkosten bezogen auf die Mietkosten nennenswert soweit abzusenken, dass die gute Arbeit des Bielefelder Tisches weiterhin gesichert bleibt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 17 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Frau Krutwage berichtet zum Prüfauftrag zur Gesundheitsberichterstattung (Drucksachen-Nr. 4697/2020-2025 und 4716/2020-2025). Hierzu habe das federführende Amt am 16.11.2022 eine Handlungsempfehlung in die Kommunale Gesundheitskonferenz eingebracht, der gefolgt worden sei. Darauf basierend werde es in der nächsten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses eine Informationsvorlage geben.

-.-.-

Vorsitzende Frau Gorsler stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Gez. Sylvia Gorsler
(Vorsitzende)

Gez. Britta Zimmermann
(Schriftführung)